

Gustav Urbani

Ungarn in der NATO

NATO-Beitritt, Jugoslawien-Krieg und
deren Wirkungen auf Ungarn.
Probleme der personellen Entwicklung
der Honvéd-Armee

DSS-Arbeitspapiere

Heft 49 - 1999

Inhalt:

		<u>Seite</u>
1	Der vollzogene NATO-Beitritt und die Reaktionen der politischen Führung	3
2	Zum Jugoslawienkrieg und zu seinen Wirkungen auf Ungarn	8
3	Probleme der Entwicklung des Personalbestandes der Honvéd-Armee Ungarns	15

Redaktion, Druckvorbereitung und Vertrieb; V.i.S.d.P.:

Dr. Joachim Klopfer
Am Jägerpark 52
D-01099 Dresden

Telefon: +49/0-351-8030122 Fax: +49/0-351-8036401

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluß: 23. September 1999

Kostenbeitrag: 3,00 DM

Gustav Urban

NATO-Beitritt, Jugoslawien-Krieg und Wirkungen auf Ungarn. Probleme der personellen Entwicklung der Honvéd-Armee

Vorbemerkung

Dominierender Kernpunkt der sicherheits- und verteidigungspolitischen Konzeption aller ungarischen Regierungen im letzten Jahrzehnt des XX. Jahrhunderts war die Erreichung der vollständigen Integration in die euroatlantische Militärorganisation, die NATO.

Vom Verfasser ist die damit verbundene Entwicklung, zusammen mit den vielfältigen Reformprozessen bei der Umgestaltung der ungarischen Honvéd-Armee, in den Jahren 1993-1998 in fünf verschiedenen Heften der DSS-Arbeitspapiere (Nr. 9-1993, 15-1994, 28-1996, 36-1997, 44-1998) recht ausführlich dargestellt worden.

Mit dem Zustandekommen der vollständigen NATO-Mitgliedschaft Ungarns im Frühjahr dieses Jahres und dem fast gleichzeitigen Beginn des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien (im weiteren: Jugoslawien-Krieg) ergaben sich für das Land der Magyaren weitreichende Folgerungen. Im vorliegenden Beitrag unternimmt der Autor den Versuch, die wesentlichsten dieser Auswirkungen zu erfassen und die politischen sowie militärischen Reaktionen darauf, soweit die vorliegenden Informationen dies erlauben, zu erläutern. Dabei sollen – wie schon in den Heften der vergangenen Jahre – die für die Reformprozesse in der Honvéd-Armee auftretenden Probleme besondere Berücksichtigung finden.

Als Quelle dienen wiederum Veröffentlichungen in der ungarischen Militärpresse, vor allem in „Magyar Honvéd“ (Budapest), der Wochenschrift des Ungarischen Verteidigungsministeriums.

1. Der vollzogene NATO-Beitritt und die Reaktionen der politischen Führung

Nachdem im Verlauf des Jahres 1998 die Parlamente aller 16 NATO-Mitgliedsländer die Ende 1997 von den Regierungsvertretern unterzeichneten Beitrittsprotokolle von Ungarn, Polen und Tschechien ratifiziert hatten, war der Weg für die lange anvisierte Osterweiterung des Nordatlantikpaktes durch die drei ehemaligen Ostblockstaaten frei – von der NATO-Führung als Beginn der Ost- bzw. Südostexpansion verstanden.

Am 29. Januar 1999 forderte NATO-Generalsekretär Javier Solana die Regierungen der drei Beitrittskandidaten offiziell auf, Mitglieder des Bündnisses zu werden und

ihr Gesuch bei der US-Regierung in Kürze zu hinterlegen, wie es der NATO-Vertrag vorsehe.

Mit übergroßer Mehrheit stimmte die Ungarische Landesversammlung (Parlament) kurz darauf dem vollständigen Beitritt des Landes zur NATO zu. Gemeinsam mit seinen polnischen und tschechischen Amtskollegen übergab daraufhin der ungarische Außenminister János Martonyi am 12. März 1999 am Gründungsort des Paktes in Independence (USA) an Außenministerin Madeleine Albright das Beitrittsdokument der Ungarischen Republik. Wenn auch die feierliche Beitrittszeremonie im Brüsseler NATO-Zentrum – unter Teilnahme der Regierungschefs der neuen Mitgliedsstaaten Nr. 17 bis 19 – erst am 16. März stattfand, so datiert doch die faktische vollberechtigte Mitgliedschaft Ungarns im „stärksten Verteidigungsbündnis der Geschichte“ bereits vom 12. März an, wie in Budapest mehrfach offiziell hervorgehoben wurde. Am Washingtoner NATO-Gipfel aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung des Nordatlantikpaktes nahm man denn auch schon „vollberechtigt“ teil. Staatspräsident Árpád Göncz würdigte auf einer Führungskonferenz den Beitritt Ungarns in „das stärkste Militärbündnis der Welt als ein Ereignis von geschichtlichem Rang“ und stellte fest, nach fünfhundertjährigen verlustreichen Freiheitskämpfen habe das ungarische Volk endlich seinen festen Platz im freien, demokratischen und vereinten Bund der entwickeltsten Völker des Westens eingenommen.

Ministerpräsident Viktor Orbán hob in seinem Beitrag während der feierlichen Zusammenkunft im Brüsseler NATO-Zentrum vor allem zwei Aspekte hervor: Der nach einem langen, mühevollen Weg vollzogene Schritt zu einer völlig gleichberechtigten Mitgliedschaft in der nordatlantischen Gemeinschaft mit allen Rechten und Pflichten bringe für das Land ein Niveau der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit mit sich, das für Ungarn seit Jahrhunderten nur als fernes, kaum erreichbares Ziel denkbar war. Zugleich müsse man den Beitritt ohne jeden Zweifel als Ergebnis der freien Meinungsbildung und Entscheidung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung werten, mit dem der Wille des opferreichen Befreiungskampfes sowohl der Revolutionäre von 1848/49 als auch der Kämpfer des Volksaufstandes von 1956 vollzogen wurde. Erstmals seit 500 Jahren habe sich Ungarn aus freien Stücken einem Militärbündnis angeschlossen.

Besonders gewürdigt wurde von den Vertretern der politischen Führung, daß Ungarn als erstes Land unter allen seinen Nachbarstaaten im mittel-südosteuropäischen Raum den Weg in die NATO beschreiten konnte, woraus sich eine Schlüsselrolle für die Fortführung der Osterweiterung des Paktes sowie eine besondere Verantwortung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit eben diesen Nachbarn, für die Vermittlung der gemachten Erfahrungen und die Lösung auftretender Probleme ergäbe.

Während aller Wertungen des hochgelobten Ereignisses machten die ranghohen ungarischen Politiker stets darauf aufmerksam, daß die neu errungene Mitglied-

schaft Rechte und damit verbundene Vorteile sowie Pflichten und daraus erwachsende anspruchsvolle Aufgaben unlöslich miteinander verknüpfte. Davon ausgehend müsse man den NATO-Beitritt primär als Beginn eines viele Jahre langen Weges zur Meisterung qualitativ neuer Fähigkeiten und Lösungen verstehen, der auf allen gesellschaftlichen Tätigkeitsgebieten langwährende Anstrengungen erfordere.

Analysiert man die im Verlaufe der vergangenen Monate durchgeführten einschlägigen Maßnahmen sowie eingeleiteten Veränderungen, verdienen insbesondere nachfolgende Entwicklungen hervorgehoben zu werden:

- Es wurden Modifizierungen an der Verfassung und an verschiedenen Gesetzen vorgenommen, um die militärische Nutzung des ungarischen Territoriums und Luftraumes durch die Streitkräfte der NATO-Bündnispartner auch ohne langwierige parlamentarische Beratungen für jeden einzelnen Fall zu gewährleisten. Gleiches wurde bezüglich grenzüberschreitender Bewegungen ungarischer Truppen veranlaßt.
- Neue sicherheits- und verteidigungspolitische Grundsätze wurden durch das Parlament verabschiedet, die an die Stelle der „Grundsätze der Landesverteidigung“ aus dem Jahre 1993 traten. Darauf aufbauend wurden durch die Regierung zwei Dokumente über die nationale Sicherheitsstrategie und die nationale Militärstrategie erlassen. Alle genannten Materialien tragen streng vertraulichen Charakter.
- Direkt in der Honvéd-Armee wurden bereits länger anvisierte Entwicklungen verstärkt, um die Funktionsfähigkeit der Armee im allgemeinen, besonders aber die NATO-Kompatibilität der ungarischen Streitkräfte nachhaltig voranzutreiben. Dazu gehören vorrangig die spezielle Vorbereitung von Einheiten und Truppenteilen zur Erfüllung übertragener Aufgaben im Rahmen und in Verantwortung des Bündnisses; die Eingliederung der ungarischen Luftraumüberwachung und Luftverteidigung in das integrierte System der NATO; die Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des technischen Niveaus der Bewaffnung, Ausrüstung und Verbindungssysteme und deren beginnende Modernisierung auf Teilgebieten wie bei der Freund-Feind-Kennung, der Luftabwehr und der Rechentechnik der Führungsorgane; die weitgehende Anpassung von Logistik, militärischem Umweltschutz und Militärkartographie an die in der NATO gängigen Strukturen und Führungs- bzw. Funktionsprinzipien u.a.m. Entscheidender Bestandteil der Anpassung der Honvéd-Armee an die NATO und ihrer effektiven Einfügung in das Bündnis war und ist die umfassende Aneignung militärisch voll anwendbarer englischer Sprachkenntnisse ständig größerer Teile der Generalität, des Offiziers- und Unteroffizierskorps und sogar der Zeitsoldaten.

Im Rahmen der faktisch seit Beginn der tiefgreifenden gesellschaftlichen Wende verfolgten Streitkräftereform stellte man sich das ehrgeizige Ziel, eine qualitative Phase dieser Reform in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu verwirklichen und

spätestens im Jahre 2013 die volle NATO-Kompatibilität der Honvéd-Armee zu erreichen, d.h. an das durchschnittliche militärische Entwicklungsniveau der Bündnispartner anzuschließen.

Noch bis zum Jugoslawien-Krieg erweckten die veröffentlichten offiziellen Stellungnahmen, Entwicklungsprogramme und Planungsunterlagen den Eindruck der Realisierungsmöglichkeit dieses Vorhabens, wenn auch von den maßgeblichen militärischen Führungsorganen immer wieder warnend auf die Gefahren hingewiesen wurde, die von der chronischen Unterfinanzierung der Armee für deren Weiterentwicklung, ja sogar für ihre Funktionsfähigkeit insgesamt ausgehe.

Nachdem bereits im Juni 1999 Gerüchte über eine bevorstehende Ablösung von Generaloberst Ferenc Végh, Kommandeur der Honvéd-Armee und Chef des Generalstabes, für bis in die Medien reichende Unruhe und Spekulationen gesorgt hatten, bestätigten sich die zunächst inoffiziellen Überlegungen über bevorstehende tiefgreifende Veränderungen im Bereich der ungarischen Landesverteidigung im Verlaufe des Monats Juli aufgrund offizieller Verlautbarungen.

In einem an den ungarischen Staatspräsidenten Árpád Göncz gerichteten Brief vom 9. Juli 1999 (von der ungarischen Nachrichtenagentur MTI im Wortlaut veröffentlicht) bat Generaloberst Végh, ihn aus persönlichen Gründen mit Wirkung vom 31.07.99 von seinen Führungsfunktionen zu entbinden; er beabsichtige, in den diplomatischen Dienst überzuwechseln. Der Staatspräsident entsprach dieser Bitte, wobei er die langjährigen Verdienste Véghs als höchstem militärischen Leiter des Landes würdigte.

In einem Interview mit der Wochenzeitung des Verteidigungsministeriums „Magyar Honvéd“ wurden vom zuständigen Staatssekretär Wachslar als entscheidender Grund für den Rücktritt tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalstabschef und dem Minister für Landesverteidigung, Dr. János Szabó, im Zusammenhang mit der anstehenden Integration des Generalstabes in das Verteidigungsministerium genannt. Diese von Parlament und Regierung bereits 1998 beschlossene Eingliederung sollte die militärische Führungsstruktur Ungarns harmonisieren, von administrativem Ballast befreien und an die in anderen NATO-Ländern übliche Praxis anpassen. Die damit verbundenen konkreten Veränderungen haben jedoch offenbar – bisher nicht bekannt gemachte – Differenzen auf der obersten Führungsebene ausgelöst.

Als offizieller Kandidat für die Nachfolge Véghs wurde dem Staatspräsidenten vom Verteidigungsminister der bis dahin als stellvertretender verteidigungspolitischer Staatssekretär amtierende Generalleutnant Lajos Fodor (52) vorgeschlagen; seine Ernennung (und gleichzeitige Beförderung zum Generaloberst) erfolgte am 30. Juli 1999.

Noch wesentlich tiefgreifendere Folgen müssen aber von dem am 23. Juli 1999 gefaßten Regierungsbeschluß über unaufschiebbar notwendige Veränderungen in der Landesverteidigung Ungarns erwartet werden, der von Verteidigungsminister Szabó auf einer außerordentlichen Führungskonferenz der Honvéd-Armee bereits

am 15. Juli angekündigt und dessen wichtigste Punkte dabei vorab erläutert worden waren.

Als Ursache für den auf seinen Vorschlag hin von der Regierung gefaßten Beschluß bezeichnete der Minister, daß die Funktionsbedingungen der Armee sich entgegen den steigenden Anforderungen in einem Maße verschlechtert haben, die sofortige Veränderungen verlangen. Er verwies auf den ständig zunehmenden Verschleiß der Kampf- und Sicherstellungstechnik, die deren Einsatzgrad stetig vermindert, den Mangel an Betriebsstoffen, Reparatur- und Instandsetzungskapazitäten, fehlende Mittel zur Sicherstellung der lebensnotwendigen Flugstunden für die Pilotenausbildung, nicht vorhandene Etatmittel für die Verbesserung der quantitativen und qualitativen Zusammensetzung des Personalbestandes, die weitere physische und psychische Überlastung der Berufssoldaten, die Verschlechterung ihrer Dienst- und Lebensbedingungen ohne jede erkennbare Perspektive einer künftigen Verbesserung. Hauptgrund sei die Knappheit an materiellen und finanziellen Ressourcen, d.h. die Schere zwischen den gestellten militärischen Aufgaben und den zur Verfügung stehenden Etatmitteln aus dem Verteidigungshaushalt. Alle bisherigen bzw. angekündigten Veränderungen zur erforderlichen Stabilisierung auf diesem Gebiet hätten die erwünschten Resultate nicht erbracht; obwohl Ungarn in den vergangenen zehn Jahren 1000 Milliarden Forint – etwa 10 Mrd. DM – für die Landesverteidigung ausgegeben habe, sei der anvisierte „bissige kleine Tiger“ immer noch nicht sichtbar. Die aus dem NATO-Beitritt und den Erfahrungen sowie Folgen des Jugoslawien-Krieges erwachsenden Zwänge verlangten sofortiges Handeln, so der Minister.

Als primäres Ziel des Beschlusses bezeichnete er die Verringerung und schließliche Beseitigung des Auseinanderklaffens von Aufgaben und Mittelbereitstellung. Dazu müßte das seit Jahren anvisierte Anliegen der Schaffung einer wesentlich kleineren, jedoch besser als bisher ausgerüsteten und ausgebildeten Armee endlich konsequent umgesetzt werden.

Der Regierungsbeschluß sieht für den Weg zu diesem Ziel eine Partnerschaft zwischen Regierung und Honvéd-Armee vor.

Der Beitrag der Regierung zu dieser Partnerschaft umfaßt zunächst zwei wesentliche Punkte:

erstens die Konzentration der Streitkräfte auf ihre originären militärischen Aufgaben und die Herauslösung aller nicht unmittelbar militärischen Aufgaben aus der Verantwortung der Honvéd-Armee, die Finanzierung der dafür erforderlichen Kräfte und Mittel durch andere Ministerien bzw. Etat-Bereiche und

zweitens den Verzicht auf die seit zehn Jahren bestehende Einnahmen-Beauftragung der Armee als Teil der Haushaltsfinanzierung. Ab sofort werden die der Armee bereitzustellenden Geldfonds im vollen Umfang durch den Staatshaushalt direkt überwiesen.

Der Beitrag der Armee soll darin bestehen, auf der Basis einer ab sofort durchzuführenden „strategischen“ Überprüfung ihres gesamten Tätigkeitsbereichs, vom

Verteidigungsminister bis zur letzten militärischen Formation, Vorschläge zur effektivsten Bewirtschaftung bzw. Verwendung der Haushaltsmittel vorzulegen.

Zur Erarbeitung einer entsprechenden Konzeption wurde für den Gesamtbereich der Honvéd-Armee eine zentrale Kommission gebildet, die ihre Arbeitsergebnisse bis zum 30.09.99 vorzulegen hat. Deren Umsetzung soll dann entscheidend dazu beitragen, die als „Schlüsselproblem“ einer deutlichen Höherentwicklung der ungarischen Streitkräfte eingestuften Aufgaben zur qualitativen Verbesserung ihrer personellen Zusammensetzung, der Vorbereitung und Befähigung des Personalbestandes in der Praxis ohne weiteren Zeitverzug zu bewältigen. Dazu ist ein mittelfristiger Perspektivplan bis 2006 als Teil der NATO-Planung auszuarbeiten.

Die bisherige personelle Entwicklung der Honvéd-Armee und die dabei weiter anstehenden Probleme sollen im dritten Abschnitt dieser Ausarbeitung näher dargelegt werden. Zunächst jedoch soll auf einige Auswirkungen des Jugoslawien-Krieges auf Ungarn eingegangen werden.

2. Zum Jugoslawien-Krieg und zu seinen Wirkungen auf Ungarn

Kaum mehr als eine Woche nach dem offiziellen Beitritt Ungarns, Polens und Tschechiens in die NATO begann dieser „stärkste, entschlossenste und erfolgreichste Militärpakt der Welt“ (ungarische Wortwahl) am 24. März 1999 unter US-amerikanischer Führung seinen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, der elf Wochen andauernde Luftschläge gegen dieses souveräne Land zur Folge hatte, ohne daß ein entsprechender Beschluß des UN-Sicherheitsrates dazu gefaßt wurde. Unter Umgehung der Vereinten Nationen hatte sich die NATO das Mandat zu dieser Aggression selbst erteilt, mit Verweis auf die unbedingte Notwendigkeit, eine „humanitäre Katastrophe“ im Kosovo zu verhindern, die durch die Politik der Vertreibung und des Völkermordes unter Jugoslawiens Präsident Milosevic, „des letzten Diktators in Europa“, drohe.

Die wichtigsten mit dem Jugoslawien-Krieg verbundenen Entwicklungen sind allgemein bekannt. Hier soll es nur um die Wirkungen auf Ungarn und die dort aufgetretenen Reaktionen gehen.

Generell muß zunächst festgestellt werden, daß die ungarische Regierung, ebenso wie die Regierungen aller anderen NATO-Bündnispartner, sofort ihre Treue zu den Paktverträgen und ihre Entschlossenheit zur Verwirklichung aller eingegangenen Verpflichtungen betonte. Dazu wurden umgehend eine ganze Reihe rechtlich verbindlicher Maßnahmen auf höchster staatlicher Ebene herbeigeführt:

- Durch Beschlüsse des Außen- und Verteidigungsausschusses sowie des Parlamentsplenums wurde die Erlaubnis an die NATO-Partner – praktisch in erster Linie an die USA - erteilt, im Zuge der Realisierung ihrer Luftschläge gegen serbische Ziele den gesamten Luftraum, die militärischen Flugplätze und deren

technische und logistische Sicherstellungsbasen uneingeschränkt zu nutzen. Diese unmittelbar nach Beginn der NATO-Kriegshandlungen getroffene staatsrechtlich verbindliche Regelung galt für alle Aufklärungs-, Kampf- und Transportfliegerkräfte der an den Kampfhandlungen beteiligten Armeen des Bündnisses. Sie wurde auf Ersuchen des NATO-Kommandos kurze Zeit später auch auf die zivilen Flugplätze Ungarns und deren Sicherstellungsbasen ausgedehnt, vor allem zur Nutzung durch die großen Luft-zu-Luft-Betankungsflugzeugzeuge der US Air Force, für die die Parameter der Militärflugplätze Ungarns nicht ausreichten. So konnte man zu Zeiten der Militäroperation auf dem hauptstädtischen Zivilflugplatz in Budapest-Ferihegy, dem wichtigsten und meistfrequentierten Flugplatz Ungarns, täglich die mächtigen US-Tankflugzeuge vom Typ KC-135 beobachten.

- Bereits am 24. März 1999 nachmittags rief Ungarn das Personal seiner Botschaft aus der jugoslawischen Hauptstadt bis auf zwei technische Mitarbeiter zurück und stellte die Tätigkeit seiner diplomatischen Vertretung „wegen der um Jugoslawien entstandenen Lage“ für eine nicht absehbare Frist ein.
- Da man grenzüberschreitende Handlungen jugoslawischer, genauer: serbischer Kräfte an der 174 km langen jugoslawisch-ungarischen Grenze als wenig wahrscheinlich ansah, aber doch nicht ausschloß, wurden die ungarischen Grenzsicherungskräfte in kurzer Zeit wesentlich verstärkt. Auf zentrale Weisung hin wurden 8 Grenzjäger-Kompanien mit einer Stärke von rund 1000 Mann an die jugoslawische Grenze umgruppiert.
- Wesentliche Teile der Honvéd-Armee wurden in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt, nachdem sich das anvisierte Ziel der aggressiven Luftschläge – eine Kapitulation der Milosevic-Regierung binnen weniger Tage – als Illusion erwies. Zu den hiervon betroffenen Honvéd-Truppenteilen zählten durchgängig jene, die als Krisenreaktionskräfte bereits direkt der NATO angeboten worden waren bzw. in Kürze angeboten werden sollten. Zu ihnen gehörten vor allem Formationen der Fliegerkräfte, Kampfhubschrauber, Kräfte der Luftabwehr, darunter Boden-Luft-Raketenabteilungen, auch ein Bataillon einer mot. Schützenbrigade aus Debrecen u.a. Das Personal der Fliegerkräfte und der Luftabwehr wurde dabei in die höchste Stufe der Gefechtsbereitschaft versetzt, was eine ständige, d.h. 24-stündige Alarmbereitschaft bedeutete; für die Flugzeugbesatzungen hieß dies entsprechend den NATO-Kriterien: vollzogener Start nach spätestens 15 Minuten. Die wochenlange Aufrechterhaltung dieser Anforderungen brachte für erhebliche Teile der Honvéd-Armee nicht geringe physische und psychische Belastungen mit sich, für die ihnen von der Staats- und Armeeführung wiederholt von den Medien intensiv propagierte moralische Würdigungen gezollt und auch finanzielle Zuschläge zur Dienstvergütung zuteil wurden.

Neben der mehr oder minder großen militärischen Notwendigkeit der genannten Maßnahmen zur Intensivierung der Einsatzbereitschaft der Truppen lag ihnen zum nicht geringen Teil die Absicht zugrunde, die in weiten Teilen der ungarischen Bevölkerung, vor allem in den südlichen Landesprovinzen,

vorhandenen und mit der Zeit anwachsenden Befürchtungen vor Vergeltungsschlägen Jugoslawiens durch Demonstration militärischer Leistungsfähigkeit zu mindern.

Ungarn demonstrierte jedoch nicht nur den Willen zur Erfüllung der ihm zugewiesenen Aufgaben im Rahmen der Aggression gegen Jugoslawien, wie sie notwendig aus seiner neu errungenen NATO-Mitgliedschaft erwachsen. Es bewies im Vergleich zu den anderen neuen Bündnispartnern eine gewisse Eigenständigkeit und hatte zudem auf Grund geschichtlich bedingter Überlieferungen, seiner geostrategischen Lage, besonders seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu den von den NATO-Luftschlägen betroffenen Territorien, mit Auswirkungen zu kämpfen, die in anderen Ländern nicht zu spüren waren.

In diesem Zusammenhang sollte man berücksichtigen, daß entsprechend der ungarischen Verfassung die politische und militärische Führung der Republik Ungarn schon seit Beginn der ganzen Balkankrise fest auf dem Standpunkt beharrte, aus historischen und demographischen Gründen auf keinen Fall ungarische Streitkräfte mit dem Ziel eines Einsatzes in Nachbarstaaten des Landes zu entsenden. Dieses seit den vom Parlament im Jahre 1993 fast einstimmig verabschiedeten „Grundsätzen der Landesverteidigung ...“ gesetzlich fixierte Prinzip ist in bezug auf Jugoslawien von besonders zwingender Bedeutung, leben doch in der grenznahen serbischen Provinz Vojvodina (ungarisch: Vajdaság) über 300 000 Ungarn, von denen nicht wenige aufgrund einschlägiger Regelungen in der jugoslawischen Armee ihren Wehrdienst zu verrichten haben. Ministerpräsident Orbán erklärte daher nicht ohne Grund bei fast allen seinen öffentlichen Auftritten im Zusammenhang mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Ereignissen diesen Sachverhalt immer wieder – darunter auch auf einer Pressekonferenz nach seinem Treffen mit US-Präsident Clinton während der feierlichen Würdigung des 50. Jahrestages der NATO-Gründung. So verlangte die ungarische Regierung unmittelbar nach Beginn des Jugoslawien-Krieges von der NATO zunächst auch zumindest nach außen hin recht klar, das Land nicht in die Schläge gegen Serbien einzubeziehen, und Premier Orbán äußerte, kein ungarischer Soldat werde sich am Kampf beteiligen.

Aber schon nach gar nicht langer Zeit sprach der damalige Generalstabschef Ferenc Végh davon, daß „unsere Heimat sich zwar an den NATO-Aktionen nicht unmittelbar beteiligt, aufgrund bereits früher angenommener Entscheidungen der Landesversammlung das Bündnis jedoch unseren Luftraum und unsere Flugplätze benutzen kann“. Im Interesse der Sicherheit Ungarns würde die Honvéd-Armee gemeinsam mit der NATO jeden notwendigen Schritt gehen.

Distanzierte Reaktionen auf das selbstmandatierte kriegerische Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien gab es neben internationalen Stellungnahmen teilweise auch in den Medien, die erst Tage zuvor die vollberechtigte Aufnahme Ungarns in das Bündnis überschwenglich gefeiert hatten. Selbst in der Wochenzeitung des Budapester Verteidigungsministeriums „Magyar Honvéd“ vom 2. April klangen in

einem ausführlichen Kommentar mit dem Thema „Neue Zeitrechnung“ nicht wenige nachdenkliche und auch kritische Töne an. In der fünfzigjährigen Geschichte des Bündnisses habe dieses noch niemals einen Angriff gegen ein Land außerhalb seines Territoriums begonnen. Mit den Luftangriffsschlägen gegen Jugoslawien habe sich das grundlegend verändert, damit habe für die NATO eine neue Zeitrechnung begonnen, in der nichts mehr so sei wie vordem. Es stünde außer jedem Zweifel, daß die NATO seit dem 24. März 1999 nicht mehr die NATO wie zuvor sei, und leider (!) gehöre Ungarn nun zu dieser in eine komplizierte Situation geratenen Gemeinschaft – wenn auch „nur“ aufgrund einer durch Kopfnicken erfolgten Zustimmung. Wenn der Autor des Beitrages die fehlende Auftragserteilung des UN-Sicherheitsrates und damit die Selbstanmaßung der NATO als Weltfriedenshüter nicht anspricht, kommt er doch nicht umhin, das Fehlen der im nordatlantischen Bündnis sonst gewohnten und üblichen breiten Übereinstimmung unter den Partnern zu bedeutsamen durchzuführenden Aufgaben zu konstatieren. Insbesondere verweist er darauf, daß gerade Staaten des für die Verwirklichung der Operation besonders wichtigen Südflügels des Paktes – zu dem auch Ungarn gerechnet wird –, in erster Linie Griechenland und Italien, dem Angriff auf Jugoslawien nicht beipflichteten, selbst bei Verweis auf ihre tiefer liegenden Grundinteressen nicht. Sie lägen dem Kriegsschauplatz eben viel zu nahe, und ihre ökonomischen sowie demographischen Interessen veranlaßten sie zum deutlichen Hervorheben tiefer Besorgnisse gegenüber den Aggressionshandlungen des Paktes. Die Rolle kommunistischer und anderer linker Kräfte in diesen Ländern, außerdem darüber hinaus auch in Spanien und Portugal, stärke den Widerstand gegen die aktuelle NATO-Politik dieser Tage. Der Verfasser des Kommentars kommt zu dem Schluß, daß die Luftschläge noch für lange Zeit Thema einer weitreichenden internationalen Diskussion bleiben werden, ob sie nun das ihnen vorgegebene Ziel erreichen oder nicht, wobei er für sich und sein Land sehr auf ein Ende der ethnischen „Säuberungen“ im Kosovo hoffe.

Zunächst schien sich diese Hoffnung, zumindest im Ansatz, zu erfüllen – dies jedoch nur mit tatkräftiger Unterstützung der slawischen Großmacht Rußland, die man von Seiten der NATO-Führungsmächte anfangs völlig an den Rand des Geschehens manövriert hatte, und vor allem um den Preis schrecklicher Menschenverluste unter der serbischen, albanischen und montenegrinischen Zivilbevölkerung sowie kaum vorstellbarer materieller Schäden im ökonomischen Bereich der angegriffenen Territorien, speziell auch im Bereich der Infrastruktur. Wie die weitere Entwicklung der Geschehnisse im Kosovo nach der von der UN sanktionierten Stationierung internationaler Truppen in den Monaten Juli und, besonders, August zeigte, kehrten sich im weiteren jedoch die Vorzeichen einer gewaltsamen ethnischen Säuberung um, ohne daß dieser inhumanen Vorgehensweise Einhalt geboten werden konnte. An die Stelle der Vertreibungen und der Morde sowie Verletzungen an Kosovo-Albanern trat die gleiche verbrecherische Handlungsweise gegen die im Kosovo verbliebene serbische Bevölkerungs-

gruppierung. Die KFOR-Kontingente in der Provinz zeigten sich außerstande, die Fortsetzung der „antihumanitären Katastrophe“ zu verhindern.

Gerade die oben genannten – von der NATO-Führung zynisch als "Kollateral-Schäden" bezeichneten – Vernichtungsergebnisse des NATO-Angriffskrieges haben auch in der ungarischen Öffentlichkeit zu Empörung und erheblich zunehmender Distanzierung von der NATO-Mitgliedschaft ihres Landes geführt. Zwar sind Informationen darüber in den ungarischen Medien nur spärlich und kaum in verallgemeinerter Form anzutreffen. Aus Korrespondentenberichten, die in deutschen Zeitungen veröffentlicht wurden, kann man jedoch entnehmen, daß der Hauptgrund für die Veränderungen in der Haltung der Bevölkerung gegenüber der NATO neben der Angst, selbst Zielscheibe serbischer Gegenangriffe zu werden, die Sorge um das Schicksal der Vojvodina-Ungarn infolge der Luftschläge und die großen ökonomischen Verluste für die ungarische Wirtschaft im Ergebnis der Luftkriegführung der NATO-Fliegerkräfte war.

In ständig zunehmendem Maße wurde während der Intensivierung des Luftkrieges die durch den Friedensschluß von Trianon 1920 an Serbien angegliederte Vojvodina-Provinz Zielscheibe von schweren Luftschlägen – entgegen früherer Zusagen der NATO-Bündnispartner an die ungarische Regierung. Dabei wurden nicht nur ausnahmslos alle Brücken über die in dieser Provinz durch Jugoslawien führende Donau völlig zerstört und damit die Schifffahrt auf dieser wichtigsten Wasserstraßen-Verbindung Südosteuropas völlig unmöglich gemacht (der ungarischen Flußschifffahrts-Gesellschaft MAHART entstanden Verluste in Höhe von ca. einer Milliarde Forint). Auch die Provinzhauptstadt Novi Sad (ungarisch: Újvidék), eine der größten Städte Jugoslawiens, und andere große Kommunen mit ihren Wohngebieten sowie Chemieanlagen und Industriebetriebe der Energieerzeugung und –übertragung bildeten immer von neuem Ziele von Bomben und Raketen, abgefeuert von NATO-Piloten. Dies mußte, vor allem in den Grenzgebieten zu Serbien, zu stetig wachsendem Unmut der dort lebenden Bevölkerung führen, ganz zu schweigen von den Reaktionen der Vojvodina-Ungarn, die sich zunächst unter dem Schutz des NATO-Partners Ungarn sicher wähnten.

Die stärkste Oppositionspartei im ungarischen Parlament, die Sozialisten, formulierte die Bevölkerungsmeinung in der obersten Volksvertretung und verlangte die Rücknahme der Genehmigung zur uneingeschränkten Nutzung des ungarischen Luftraumes, der Flugplätze usw. für die Kriegführung gegen Serbien. Zur gleichen Zeit beunruhigte die seit der letzten Wahl im Parlament vertretene rechtsextreme und ultranationalistische „Ungarische Partei für Wahrheit und Leben (Míép)“ die demokratischen Kräfte mit der öffentlichen Forderung, nach Kriegsende die Vojvodina „heimzuholen“. Man müsse den Anspruch auf die historischen Traditionen nicht weniger geltend machen, wie die Serben auf das Kosovo, formulierte ihr Vorsitzender István Csurka. Angeblich sollen 18 Prozent der Ungarn die angepeilte Grenzrevision unterstützen, zu der sich die Rechtsextremisten durch die Zugehörigkeit zur NATO offenbar ermuntert fühlen.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung machten Ende Juli 1999 die Vertreter der 300 000 Vojvodina-Ungarn mit einem brisanten Dokument auf die Lage dieser Bevölkerungsgruppe Jugoslawiens aufmerksam, die 17 Prozent der Bevölkerung dieser Provinz stellt und der durch Milosevic 1989, ähnlich wie den Kosovo-Albanern, die frühere Autonomie entzogen worden war. Das Dokument enthält ein Autonomiekonzept, das auf die Herstellung einer autonomen Legislative und Exekutive für die nördliche Vojvodina in drei Schritten gerichtet ist und damit sowohl eine ethnische „Säuberung“ mit dramatischen Fluchtbewegungen und brutaler Gewaltanwendung als auch eine weitere Zuspitzung der Balkankrise verhindern soll. Die ungarische Regierung nannte die Konzeption akzeptabel und vertrat die Auffassung, daß zur anstehenden Demokratisierung Jugoslawiens die Lösung der Minderheitenprobleme eine Schlüsselrolle spiele. Ministerpräsident Orbán hatte schon während des Jugoslawien-Krieges, noch zur Zeit der Luftschläge der NATO gegen Jugoslawien, eine politische Lösung des Konfliktes als das Wichtigste für die Interessen der Ungarn bezeichnet, ob diese nun im In- oder im Ausland leben würden.

Ungarn beteiligte sich umgehend an der von allen 19 NATO-Ländern im April nach der ungemein schnell ausufernden Flüchtlingswelle der Kosovo-Albaner ins Leben gerufenen Hilfsoperation „Rettet das Leben“. Dies war keine nebensächliche Auswirkung des Krieges auf die Republik Ungarn; die verschiedensten praktischen Hilfsmaßnahmen wurden dabei vorrangig mit Kräften der Honvéd-Armee umgesetzt. So wurden mit Militärtransportflugzeugen AN-26 Tausende Tonnen von der Regierung bereitgestellte Nahrungsgüter, Zelte, Medikamente, Bettzeug und andere von den Heimatlosen dringend benötigte Hilfsgüter auf dem komplizierten Luftweg von Ungarn über Rumänien, Bulgarien und Griechenland nach Albanien transportiert, zum sehr schwer erreichbaren, veralteten und völlig überforderten Flugplatz der Hauptstadt Tirana. Ungarische Honvéd-Soldaten begleiteten die Hilfsgütertransporte mit LKW auf den nur schwierig befahrbaren albanischen Straßen bis zu den Flüchtlingslagern und sorgten gemeinsam mit Angehörigen der Streitkräfte anderer NATO-Partner – vor allem aus Italien und Spanien – dafür, daß die Güter in die Hände der notleidenden Flüchtlinge kamen. Die ungarischen Streitkräfte stellten auch den Bestand der lt. Parlamentsbeschluß im Rahmen der Hilfsoperation zu entsendenden medizinischen Hilfsgruppe, zu der 20 Ärzte und 15 Schwestern bzw. anderes medizinisches Hilfspersonal gehören. Neben der Behandlung von Verletzten und Kranken bestand und besteht die Hauptaufgabe dieser Gruppe in der Vorbereitung und Durchführung vielfältiger Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Bekämpfung möglicher Epidemien. Auch diese Angehörigen der ungarischen Armee handelten von Anfang an gemeinsam mit Vertretern anderer Länder der Südgruppe des Bündnisses, vor allem Italienern und Spaniern, und konnten mit Hilfe ihres mikrobiologischen Labors – des einzigen im gesamten Gebiet – durch systematische Kontrollen des Trinkwassers einen entscheidenden Beitrag zur Seuchen-Prophylaxe leisten.

Die angeführten Maßnahmen und eigentlich fast alle Auswirkungen des Jugoslawien-Krieges hatten verständlicherweise auch ihre finanzielle Seite, meist im Sinne finanzieller Belastungen oder Verluste. Im Verlauf der Vorbereitung und schließlichen Verwirklichung des NATO-Beitritts war den meisten Ungarn klar geworden, daß allein schon die Einbeziehung in das Bündnis – ohne den damals für die breite Öffentlichkeit noch nicht genau vorhersehbaren Angriffskrieg gegen Jugoslawien und seine Auswirkungen – immense finanzielle Kosten mit sich bringen könnte. Beobachter erklärten den Rückgang der Befürworter eines NATO-Beitritts unter den Wählern von 85 Prozent im November 1997 auf nur noch 65 Prozent Anfang März 1999 eben aus Angst vor finanziellen Belastungen, „die doch nur das ohnehin verarmte Volk zu tragen hat“ (Meinung eines in Szeged Befragten). War die außerordentlich große Zustimmung zur Integration in ein Militärbündnis 1997 höchstwahrscheinlich von der Hoffnung breiter ungarischer Bevölkerungskreise getragen, daß so der Weg für ihr Land in die EU und das gemeinsame Währungsgebiet mit entscheidenden Vorteilen für ökonomischen Aufschwung und steigendes Lebensniveau gebahnt würde, so wurde der Rückgang dieser Befürwortung offenbar von der Befürchtung hervorgerufen, die Integration in den Militärpakt würde mehr kosten, als die Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion bringen könnte.

Die ökonomischen Auswirkungen des Jugoslawien-Krieges auf Ungarn deuten ganz in die Richtung solcher Befürchtungen. Fachleute schätzten bereits Anfang Juni allein die dem Verkehrssektor – Eisenbahn-, Wasserstraßen-, Straßen- und Lufttransport – zugefügten Verluste infolge des immensen, teilweise völligen Ausfalls der über Ungarn in die südost- und südeuropäischen Länder führenden internationalen Transporte auf annähernd 2 bis 2,5 Mrd. Dollar, ohne schon über nähere Vorstellungen über den Exportausfall nach Jugoslawien und weitere Länder für Industrie, Landwirtschaft und andere produzierende Bereich der ungarischen Wirtschaft zu verfügen. Eine annähernde Vorstellung über die zusätzlichen Kosten für den Staatshaushalt, die durch die Balkankriege – Entsendung der ungarischen Kontingente für die SFOR- und KFOR-Truppen – entstanden, erhält man durch die im August 1999 erfolgte Bekanntgabe der Summe von 10 Milliarden Forint (wovon allerdings die nicht bezifferten Kosten für den Katastrophen-Einsatz der Honvéd-Armee im eigenen Land abzusetzen sind).

Insgesamt muß man jedoch bei einer generellen Beurteilung der Stellung Ungarns zu dem Jugoslawien-Krieg der NATO in allererster Linie die ausgeprägte Unterstützung der politischen Führung des Landes für die Verwirklichung der Militäraktionen der vom Bündnis eingesetzten Kräfte zur Kenntnis nehmen. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln war insbesondere die militärische Führung mit Verteidigungsminister Dr. János Szabó an der Spitze bestrebt, die Bereitschaft zur Erfüllung der aus der vollberechtigten Mitgliedschaft im nordatlantischen Militärpakt erwachsenden Verpflichtungen zu demonstrieren.

Mit deutlicher Befriedigung konstatierte man dann auch die nach Abschluß der Luftschläge und Bildung der von den G 8-Staaten zur Besetzung des Kosovo vorge-

sehen internationalen Truppenkontingentes vom NATO-Kommando angewiesene Einbeziehung einer ungarischen Truppenformation in den Gesamtverband der KFOR-Kräfte. Man betrachtete diese Entscheidung als Würdigung der offiziellen ungarischen Haltung während des Verlaufes der Kriegshandlungen und als Stärkung der ungarischen Position als neues NATO-Mitglied. Umgehend wurde mit der speziellen Vorbereitung eines Sonderkontingentes ungarischer KFOR-Truppen in der Stärke von 365 Mann unter dem Kommando des bis dahin als Stellvertreter des Brigadekommandeurs fungierenden Oberstleutnant Gyula Papp begonnen, der unlängst von einem Ausbildungslehrgang in Kanada zurückgekehrt war. Beginnend mit dem 15. Juli 1999 wurde das Kontingent Zug um Zug an seinen vorgesehenen Einsatzort Pristina verlegt.

Gestützt auf die so erwiesene Wertschätzung der NATO-Führungsorgane strebt Ungarn nun im Rahmen der beginnenden Wiederaufbauarbeiten im und für den schwer zerstörten Kosovo (später möglichst auch für Serbien und Montenegro) eine besondere Rolle im Stabilitätspakt für den Balkan an. Man möchte die Position eines Koordinator-Landes für den Wiederaufbau in Jugoslawien einnehmen und hofft dabei darauf, in Ausnutzung der daraus erwachsenden Möglichkeiten, der territorialen Nähe und jahrzehntelang gewachsenen ökonomischen und Handelsverbindungen finanzielle Ergebnisse herauszuwirtschaften, mit denen wenigstens ein bestimmter Teil der bis dato entstandenen Verluste ausgeglichen werden könnte.

3. Probleme der Entwicklung des Personalbestandes der Honvéd-Armee

Bereits auf der Führungskonferenz der Honvéd-Armee am 22. Februar 1999 und im offenen Brief der beiden höchsten Vertreter der militärischen Führung – Verteidigungsminister und Generalstabschef – an alle Armeeingehörigen vom 12. März aus Anlaß des 150. Jahrestages der Revolution von 1848/49 und der Aufnahme Ungarns als NATO-Mitglied wurde die Kompliziertheit der Aufgaben hervorgehoben, mit deren Lösung die volle Leistungsbereitschaft der ungarischen Landesverteidigung und ihre Kompatibilität zu den Partnerarmeen der NATO erreicht werden sollen. Damit erst könne für die Heimat eine gleichwertige Partnerschaft im Bündnis erzielt werden.

Dabei widmete man den Aufgaben im Bereich der anstehenden Entwicklung des Personalbestandes die größte Aufmerksamkeit. Die Struktur bzw. Zusammensetzung des Personalbestandes weise gegenüber den fortgeschrittenen NATO-Partnern die größten Rückstände auf, hier gäbe es auch bei der bisherigen Durchführung der Streitkräfte-reform die meisten nicht erreichten Zielstellungen.

Auch der im Abschnitt 1 dieser Ausarbeitung genannte Regierungsbeschluß vom 23.07.1999 zur strategischen Überprüfung der ungarischen Landesverteidigung stuft die Herbeiführung qualitativer Verbesserungen im Personalbestand der Honvéd-Armee als das Schlüsselproblem ein.

Ausgehend von dieser Einschätzung soll im weiteren auf die bei der bisherigen personellen Konversion der Honvéd-Armee erreichten Resultate sowie die nunmehr anstehenden, qualitativ angewachsenen Aufgaben näher eingegangen werden.

Von 1989 bis 1998 verringerte sich die Gesamtstärke der ungarischen Armee um etwa 90 000 bis 95 000 Mann, d.h. auf 38 bis 40 Prozent.*

Welches waren die Hauptgründe dafür?

- Internationale Vereinbarungen, deren Kern die sogenannte KSE-1a-Akte, beschlossen am 10. Juli 1992 in Helsinki, darstellte.

Dieses als „Abschließende Akte der Verhandlungen über die Personalstärke der konventionellen Streitkräfte in Europa“ bezeichnete Dokument regelte die Begrenzung des Personalbestandes der Armeen der beteiligten Staaten und legte für die Ungarische Republik eine Friedensstreitmacht von 100 000 Mann fest, die im Kriegsfall bis auf 300 000 Mann aufgestockt werden kann.

In den 90er Jahren hatte Ungarn mit allen seinen Nachbarstaaten außerdem zweiseitige Vereinbarungen abgeschlossen, in denen immer auch sicherheits- und verteidigungspolitische Abmachungen eingebaut wurden. Man kann davon ausgehen, daß die durch KSE-1a festgelegten personellen Begrenzungen dabei eine Grundlage der Abstimmungen darstellen. In manchen Fällen – so hinsichtlich der militärischen Kontakte und Kooperation mit Rumänien und mit der Slowakischen Republik – führten die genannten Vereinbarungen zu einem Niveau der Zusammenarbeit ungarischer und nachbarstaatlicher Militärs, das für die teils von erheblicher Distanz und von Reibereien geprägten Beziehungen in anderen Bereichen beispielgebend war und noch ist.

Keinen geringen Einfluß auf die personelle Reduzierung der ungarischen Armee hatte auch die Verwirklichung der KSZE-Vereinbarungen über Obergrenzen für bestimmte konventionelle Arten der Bewaffnung. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE), unterzeichnet am 19.11.1990 in Paris, legte Obergrenzen für Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriewaffen, Kampfflugzeuge und Angriffshubschrauber fest. Ungarn zählte seit langem zu den eifrigsten Befürwortern einer solchen Vereinbarung, ratifizierte sie als eines der ersten Teilnehmerländer und hatte sie bis Oktober 1995 vollständig verwirklicht. Dabei wurde der vorherige Bestand um 510 Kampfpanzer, 212 gepanzerte Kampffahrzeuge (181 mehr als vorgegeben) und 207 Artilleriewaffen verringert. An Flugzeug- und Hubschraubertechnik ergaben sich aufgrund der niedrigen Anzahl keine Reduzierverpflichtungen.

* Vom Autor aus ungarischen Quellen übernommene bzw. näherungsweise berechnete Daten. Verwendet wurde außerdem ein Forschungsbericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (8-1998) von Prof. Lajos Keresztes. Dies gilt auch für die weiteren Zahlenangaben.

Ungarn hat im Zuge seiner zielstrebigen Reformmaßnahmen auf militärischem Gebiet die vorgegebene Zahl von 100 000 Mann für das Streitkräfte-Personal bereits Ende 1992 erreicht. Dafür war nicht nur der ausgeprägte Wille der politischen und militärischen Führung zur Einhaltung der auf hohen europäischen Ebenen getroffenen Verträge von Bedeutung. Es wirkten auch weitere Prämissen und Zwänge in Richtung der personellen Reduzierung, die daher vehement fortgesetzt wurde und bis 1997/98 anhielt.

- Überwindung des „Erbes“ des Warschauer Vertrages.

Die Streitkräfte Ungarns waren bis zur Systemwende entsprechend der von der militärpolitischen und militärstrategischen Zielvorstellungen der UdSSR dominierten Grundorientierung des Warschauer Vertrages – gemessen an den eigentlichen nationalen Interessen – völlig überdimensioniert. Die totale Ausrichtung auf die in jener Zeit geltende Militärdoktrin des Warschauer Paktes hatte unter anderem zur Folge

- die Existenz eines stark aufgeblähten Führungssystems, das zudem völlig sowjetischen Prinzipien angepaßt und untergeordnet war;
- einen stark überhöhten Personalbestand, der aufgrund der geltenden Angriffsdoktrin bemessen wurde und die Erfordernisse einer national determinierten Landesverteidigung weit überstieg;
- ein Mißverhältnis der Zahl von Offizieren und Unteroffizieren zur Mannschaftsstärke, vor allem bedingt durch Kadrierung vieler Formationen;
- die einseitig auf die westliche Operationsrichtung orientierte Dislozierung von Truppen, Stäben und Versorgungseinrichtungen bei einer unverhältnismäßig hohen Zahl von logistischen und medizinischen Basen;
- erhebliche Disproportionen in der Ausstattung mit militärischer Technik und Bewaffnung, geprägt durch Ausrichtung auf Angriffstechnik und Vernachlässigung von Verteidigungsbewaffnung, eine Übermacht der Landstreitkräfte, Mißverhältnisse zur Luftverteidigung;
- die fast völlige Beseitigung bzw. Ignorierung des nationalen militärischen Traditionen Ungarns.

Die Durchführung der auf die Beseitigung des „negativen Erbes“ des Warschauer Vertrages in der ersten Hälfte der 90er Jahre gerichteten vielfältigen Maßnahmen trug in hohem Maße zur Reduzierung des Personalbestandes in den Truppenformationen und Stäben bei. Dabei war dieser Prozeß sehr eng mit Struktur- und Dislozierungsveränderungen im Rahmen der gesamten Armee verbunden, d.h. Auflösung, Verlegung bzw. Umstrukturierung von zahlreichen militärischen Formationen und Basen. So war nach einer Mitteilung des damaligen stellvertretenden Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, László Borsits, für die Jahre 1995/96 die Auflösung von fünf Brigaden, fünf Regimentern und drei Bataillionen der Landstreitkräfte sowie von zwei Luftabwehr-Raketenabteilungen vorgesehen. Des

weiteren sollten 14 Brigaden, 21 Regimenter, 15 Bataillone sowie weitere Flieger- und Luftabwehr-Einheiten umstrukturiert werden.

- Gesetzliche Regelungen im Rahmen der Streitkräftereform.

Am 14. April 1993 beschloß die Ungarische Landesversammlung einstimmig die „Grundsätze der Landesverteidigung der Ungarischen Republik“. Damit fand die Zeit einer mehr oder weniger unkoordinierten, wenig planvollen Umstrukturierung und Veränderung der Streitkräfteentwicklung in Ungarn ihr Ende. Trotz ansehnlicher Ergebnisse beim personellen Abbau, der militärtechnischen Abrüstung und den Veränderungen im Führungssystem und im militärischen Aufbau (Struktur) waren bis dahin die Reformmaßnahmen in erster Linie doch vor allem durch die Vorgaben der internationalen Verträge und den ständig zunehmenden Mangel an finanziellen Mitteln erzwungen worden. Der Ruf nach einer durchdachten und abgestimmten Konzeption für eine langjährig anwendbare Streitkräftereform, beruhend auf sicherheitspolitischen und militärdoktrinären staatlichen Grundauffassungen, wurde im Lande immer lauter.

Mit den genannten „Grundsätzen ...“ ergab sich die Basis für die kurze Zeit danach (7. Dezember 1993) erfolgende Verabschiedung des „Gesetzes über die Landesverteidigung“, das in 264 Paragraphen Aufgabenstellungen und Regelungen vor allem für die Streitkräfte enthält. Aufbauend auf diesen grundsätzlichen gesetzlichen Regelungen wurden in den Folgejahren weitere Gesetze – so über die Dienstlaufbahn sowie die Rechte und Pflichten der Berufssoldaten, die Regelungen über die Durchführung des Grundwehrdienstes, die Rechte und Pflichten der Lehrer und Hörer der militärischen Hochschuleinrichtungen u.a.m. – erlassen. Am 30. Juni 1995 faßte das ungarische Parlament einen Beschluß (Nr. 88/1995) über den weiteren Personalabbau der Honvéd-Armee, der detaillierte Festlegungen auf längere Frist und auch Aufgabenstellungen zur Ausarbeitung eines Programm-Verteidigungshaushaltes“ enthielt.

Im Zusammenhang mit der Entstehung der angeführten gesetzlichen Regelungen spricht man in Ungarn seit etwa 1993 von einer kontinuierlichen Streitkräftereform, deren erste, quantitative Etappe Ende 1997 abgeschlossen wurde. 1998 begann man die zweite, qualitative Etappe der Reform, die primär auf den NATO-Beitritt und die nachfolgend in vollem Umfang herzustellen NATO-Kompatibilität der Honvéd-Armee gerichtet ist.

Grundanliegen der gesamten Streitkräftereform war von Anfang an die Schaffung „einer kleineren, aber moderneren Armee“ mit glaubwürdiger Funktionsfähigkeit, die an die Stelle der unter den Bedingungen ganz anderer internationaler Verhältnisse entstandenen Massenarmee treten sollte, die auf die Kraft der Abschreckung im Rahmen der Blockkonfrontation orientiert war.

Dementsprechend war die personelle Reduzierung der Streitkräfte einer der bestimmenden Hauptzüge – wenn nicht sogar der Grundzug – der bisherigen

ungarischen Militärreform (darum auch die Bezeichnung „quantitative Phase“ für die erste Phase der Reform); sie wurde nach dem Prinzip einer hinlänglichen Verteidigung durchgeführt.

Der eindeutig dominierende Trend der personellen Entwicklung der Honvéd-Armee seit 1990 – mit der einen Ausnahme der selektiven, leichten Zunahme des Unteroffiziersbestandes seit 1994, die ab 1998 zumindest vorübergehend wieder unterbrochen wurde – bestand in der mehr oder weniger drastischen Reduzierung sowohl des Bestandes der Berufssoldaten als auch der ihren Wehrdienst ableitenden Rekruten bzw. Reservisten und insbesondere der ehemals einen beträchtlichen Anteil ausmachenden Zivilangestellten, die seit einigen Jahren in die Kategorien „Militärbeamte“ und „Zivilbedienstete“ unterteilt werden. (Der Kreis der freiwillig längerdienenden Zeit- oder Vertragsoldaten stellt eine besondere, noch näher zu untersuchende Kategorie des Personals dar.)

Aus den Daten in der Tabelle 1 (folgende Seite) kann sehr deutlich und detailliert der Umfang und die jährlichen Etappen der Verringerung des gesamten Personalbestandes sowie seiner Hauptgruppierungen abgelesen werden.

Bei einer zusammenfassenden Betrachtung der Zahl der ausgeschiedenen Armeemitglieder bzw. der Verringerung des Personalbestandes müssen die grundlegenden Unterschiede berücksichtigt werden, die zwischen Berufssoldaten einerseits und den Grundwehrdienstleistenden und ebenso den längerdienenden Mannschaftsdienstgraden bestehen.

Bei den Offizieren und Unteroffizieren als Berufssoldaten kann aus den langjährigen Differenzen im Personalbestand mit hinreichender Genauigkeit auf die Zahl der im gleichen Zeitraum ausgeschiedenen Personen geschlossen werden. In diesem Sinne ist die Reduzierung des Offiziersbestandes der Honvéd-Armee von 17 300 im Jahre 1990 auf 9 800 Personen im Jahre 1998 gleichbedeutend damit, daß in diesem Zeitraum 7 500 bis 8 000 Berufsoffiziere aus der Armee ausgeschieden sind.

Hinsichtlich der Entwicklung des Bestandes an Unteroffizieren ergibt sich eine Entwicklung von 12 400 im Jahre 1990 auf 10 800 im Jahre 1998, woraus auf das Ausscheiden von 1 600 Unteroffizieren geschlossen werden kann. Dabei ist jedoch eine nicht-lineare Entwicklung zu registrieren, indem sich die Zahl dieser Personalgruppe von 1990 bis 1993 zunächst um rund 4 000 Mann verringerte, um sich dann bis 1998 wieder um 2 500 zu erhöhen.

Zusammengefaßt ergibt sich beim Vergleich des Personalbestandes an Berufssoldaten im Jahre 1998 im Verhältnis zum Jahre 1990 eine Verringerung um 9 500 bis 10 000 Personen, was einer Reduzierung um ca. 30,6 Prozent entspricht – differenziert: bei Offizieren um ca. 43,3 Prozent und bei Unteroffizieren um rund 12 Prozent, wobei sich bei der zuletzt genannten Gruppe zwischenzeitlich im Jahre 1993 schon einmal eine Reduzierung um etwas mehr als 32 Prozent ergeben hatte.

Tabelle 1 Zahlenangaben zur personellen Reduzierung 1989 bis 1998

Jahr	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	% (1)
Offiziere	17800	17300	16800	14400	13700	13200	13500	11400	10000	9800	56,6
Unteroffz.	12700	12400	11900	8500	8300	9600	10700	10700	10800	10800	87,1
Rekruten (2)	91900	81000	63500	51100	52340	51900	39800	34300	33000	31000 28000 *)	38,3
Insgesamt Soldaten	122400	110700	92200	74000	74340	74700	64000	56400	53800	51600	46,6
Zivilangest. (3)	33300	32500	27600	26000	25660	23700	20600	15000	10500	8400	25,8
Gesamtstärke	155700	143200	119800	100000	100000	98400	84600	71400	64300	60000 57000 *)	41,9 39,8 *)

*) Man beachte den folgenden Text.

(1) 1998 : 1990 (%)

(2) Grundwehrdienstleistende und längerdienende Mannschaftsdienstgrade

(3) Zivilangestellte: seit 1.7.92 "Militärbeamte" und "Zivilbedienstete"

Im Unterschied zu dieser Entwicklung muß man bei der Gruppe der Grundwehrdienstleistenden und der (freiwillig) längerdienenden Mannschaftsdienstgrade folgendes beachten: Bei dieser meist als Rekruten bezeichneten Gruppe des Personals hängt der Zeitpunkt von Beginn und Ausscheiden aus dem Personalbestand der Armee primär von der gesetzlich festgelegten Dauer des Wehrdienstes auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht ab. Bei den freiwillig längerdienenden ergibt sich ein später liegender Zeitpunkt des Ausscheidens je nach eingegangener Verpflichtung (in Ungarn nach einer vierteljährlichen Probezeit bis 1996 meist zwei Jahre, danach wurden drei bis vier Jahre angestrebt; hier stellt sich die Problematik der sogenannten Vertragssoldaten). Letztgenannte Gruppe bildete bisher nur einen relativ geringen Anteil der Rekruten von schätzungsweise 6-10 Prozent, vor 1995 noch weniger.

Für die Masse der Grundwehrdienstleistenden macht der militärische Dienst (jedenfalls in Friedenszeiten) in Hinsicht auf ihr gesamtes Arbeitsleben nur einen doch recht unbedeutenden Anteil aus. Dieser hat sich mit der seit 1979 wiederholt vorgenommenen Verkürzung der Wehrdienstdauer (siehe Tabelle 2) stetig verringert.

Tabelle 2

Dauer des gesetzlich festgelegten Wehrdienstes auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht seit 1990

1979 bis 1990	18 Monate
1990 bis 1996	12 Monate (Einführung der Möglichkeit eines Zivildienstes)
seit Nov. 1996	9 Monate

Anmerkung: Die seit 18. Juni 1998 amtierende neue ungarische Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán hat lt. Regierungsprogramm bis 2002 die Einführung des sechsmonatigen Wehrdienstes vorgesehen.

Damit ergibt sich – eng verknüpft mit der Frage der beruflichen Fachausbildung und dem Schulbesuch – für die Rekruten auch der entscheidende Unterschied zur Gruppe der Berufssoldaten in bezug auf eine Statistik der personellen Reduzierung.

Die Konsequenzen einer Verringerung des Bestandes an Rekruten hinsichtlich der zu beschreitenden Wege und auch der Anzahl der zu Entlassenden unterscheidet sich ganz wesentlich von jenen bei Offizieren und Unteroffizieren. So konnte die Verringerung des Rekrutenbestandes der Honvéd-Armee von 81 000 im Jahre 1990 auf rund 40 000 im Jahre 1995 bei einer Wehrdienstdauer von 12 Monaten im Prinzip durch eine schrittweise Reduzierung der jährlich Einberufenen bewerkstelligt werden. Das heißt, die Verkleinerung dieser Personalgruppe um mehr als 40 000 Mann kann nicht gleichgesetzt werden mit einem regelrechten

Ausscheiden einer gleich großen Anzahl von Personen aus den Streitkräften. (Das Problem der freiwillig Längerdienenden wird hier ausgeblendet.)

Mit der Verkürzung der Wehrdienstdauer auf 9 Monate ab 1996 mußte eine Erhöhung der Zahl der einzuberufenden Wehrpflichtigen erfolgen, sonst wäre der Personalbestand an Rekruten um ca. 25 Prozent gesunken. (Tatsächlich ergab sich aber nur eine Verringerung von 12 Prozent 1996, von 3 Prozent 1997 sowie von 6 Prozent 1998 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.)

Die Erhöhung der Zahl der Einberufungen von Rekruten hatte für die personelle Entwicklung der ungarischen Honvéd-Armee in erster Linie zwei Konsequenzen: Erstens erhöhte sich zugleich die Zahl der in einem Jahr zur Entlassung gelangenden Rekruten im etwa gleichen Umfang (näherungsweise ca. 20 Prozent). Damit kann also zugleich davon ausgegangen werden, daß die Anzahl der ausgebildeten Reservisten (auf Rekrutenniveau) im gleichen Maße anwuchs, eine nicht zu unterschätzende Tatsache (Zahl der Reservisten 1992: 195 000 Mann).

Zweitens ergaben sich beträchtliche Folgerungen für die Ausbildung in der Truppe, die sich vor die Aufgabe gestellt sah, eine sich sprunghaft erhöhende Anzahl an Rekruten in gleicher Zeit auszubilden. Die Führung der Armee ging dieses Problem an, indem auf jährlich vier (vorher: zwei) Einberufungstermine (zugleich natürlich auch kurzzeitig versetzte Entlassungszeitpunkte) umorientiert wurde und die „Neulinge“, wie sie dort genannt werden, zunächst in wenige „zentrale Ausbildungsbasen“ zur dreimonatigen Grundausbildung zu delegieren waren. Daran anschließend werden sie zur speziellen militärischen Fachausbildung in ihre verschiedenen Einheiten versetzt, die das verbleibende halbe Jahr ausfüllt. Wegen zahlreicher neu auftretender Probleme sowie des Fehlens einer ausreichenden Anzahl von Ausbildern haben die zentralen Ausbildungsbasen bis heute mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Hinsichtlich der Zivilangestellten (eine Personengruppe, die in Ungarn traditionell seit jeher zu den aus dem Verteidigungshaushalt finanzierten Angehörigen der Streitkräfte gezählt wird) ergibt sich in gleicher Weise wie bei den Berufssoldaten ein direkter Zusammenhang zwischen der Verringerung des Personalbestandes (von 32 500 im Jahre 1990 auf 8 400 im Jahre 1998) und der Anzahl der ausgeschiedenen Personen: 24 100.

Soweit zu den Resultaten der quantitativen Reduzierung bzw. Konversion der ungarischen Streitkräfte in der ersten Etappe ihrer Reformierung.

Die Verringerung der Personalstärke war ganz klar ein wesentlicher Bestandteil beim Bestreben, eine kleinere, aber modernere und leistungstärkere Armee zu gestalten; ebenso klar ist aber damit noch keine wesentliche Veränderung qualitativer Parameter des Personals nachgewiesen.

Nach den Aussagen von Verteidigungsminister Szabó während der feierlichen Ernennung von Generaloberst Fodor zum neuen Kommandanten und Generalstabschef der Honvéd-Armee am 30. Juli 1999 erfordert die neue Lage nach dem

Abschluß der bisherigen Streitkräfte-Umgestaltung vor allem, die Struktur der Armee weiter zu modernisieren und sie mit der Belastbarkeit des Landes zur materiellen Sicherstellung der Verteidigung in Übereinstimmung zu bringen.

Damit bezog sich der Minister auf die im Regierungsbeschluß vom 23. Juli 1999 enthaltene Beauftragung, durch die strategische Überprüfung der Landesverteidigung solche Vorschläge zu erarbeiten, mit deren Umsetzung ein im Vergleich zur gegenwärtigen Streitmacht wesentlich kleinerer, dauerhaft finanzierbarer und zur Lösung der anstehenden Grundaufgaben befähigter Personalbestand erreicht werden kann. Die Verwirklichung der Vorschläge darf zu keiner Überschreitung des von der Regierung beschlossenen Rahmens des Verteidigungshaushaltes führen – im Jahre 2000 1,51 Prozent, in den Jahren 2001-2004 jeweils 1,61 Prozent des Bruttosozialproduktes, was einem Wachstum von 192,3 Mrd. Forint im Jahre 2000 auf 287,9 Mrd. Forint im Jahre 2004 entspräche.

Im Beschluß wird, damit unmittelbar verbunden, eine wesentliche Erhöhung des Anteils von Unteroffizieren und Vertragssoldaten an der personellen Zusammensetzung der Honvéd-Armee gefordert.

Die Problematik der umfassenden Modernisierung der Honvéd-Armee umfaßt äußerst vielfältige und umfangreiche Aufgaben, die teilweise schon weiter vorn angedeutet wurden. Zu diesen zählen in erster Linie mit

- eine weitere Verringerung des Personalbestandes, allerdings ohne dramatische Veränderungen wie in den zurückliegenden Jahren (Der neue Befehlshaber, Generaloberst Fodor, hält es für möglich, im Ergebnis der angelaufenen strategischen Überprüfung etwa 10 000 Planstellen im Bereich der oberen und mittleren Führungsorgane sowie zahlreicher rückwärtiger Einrichtungen abzubauen.);
- die Steigerung des Niveaus der Aus- und Weiterbildung der Rekruten und Reservisten sowie der Heran- und Fortbildung des Berufspersonals;
- die systematische Verbesserung der Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen des gesamten Personalbestandes der Streitkräfte, wobei der jahrelangen Nichterfüllung der für diesen Bereich gestellten Zielstellungen ein Ende bereitet werden muß.

Von der Armeeführung wurde und wird immer wieder hervorgehoben: Die Schlüsselfrage für die qualitative Höherentwicklung des Personalbestandes der Honvéd-Armee bildet – ohne die anderen Aufgaben auch nur im geringsten in ihrer Bedeutung herabzumindern – die Durchsetzung einer schon lange angestrebten veränderten strukturellen Zusammensetzung des Personals.

Schon Mitte 1998 äußerte der damalige Generalstabschef Végh, daß ohne die Gewinnung patriotisch gesinnter und physisch leistungsfähiger junger Menschen mit guter Allgemeinbildung in der erforderlichen Anzahl die gesamte Fortführung der Streitkräftereform und der Integration in das NATO-Bündnis auf Sand gebaut wäre. Im Frühjahr 1999 wurde diese Feststellung bekräftigt und besonders

unterstrichen, daß das Personal für Sofort-Reaktionskräfte nicht aus Wehrdienstleistenden, sondern nur aus Freiwilligen bestehen könne.

Von entscheidender Bedeutung sowohl für die Gewinnung des militärischen Nachwuchses als auch für seine qualitative Höherentwicklung sind dabei weitreichende Veränderungen im bisherigen System der Werbung, Stimulierung und der fachlichen Heran- und Weiterbildung.

Hinsichtlich der konkreten anstehenden Aufgaben sollen hier genannt werden:

- Verabschiedung und Einführung des Laufbahnmodells für Offiziere und Kommandeure (veröffentlicht als Beilage von „Magyar Honvéd“, Nr. 33-34/1998 vom 14. August 1998);
weitere Erhöhung des theoretischen Niveaus der Ausbildung an den militärischen Hochschuleinrichtungen sowie der Intensität und Zielgerichtetheit der Praktika der Offiziersanwärter bzw. Offiziere;
schnelle Übernahme der für die NATO-Anpassung erforderlichen Ausbildungsinhalte in die Lehrpläne;
- Veränderungen in der Zusammensetzung des Offizierskorps nach Dienstgraden: nach neuesten Verlautbarungen aus dem Verteidigungsministerium gibt es allzu viele hohe Offiziere mit den Dienstgraden Oberst und Oberstleutnant, dagegen wesentlich zu wenig Leutnante und Oberleutnante;
- Überwindung der in den letzten Jahren eingetretenen Disproportion im Personalbestand Offiziere : Unteroffiziere;
Erhöhung der Anzahl, der fachlichen Qualifikation und der Rolle des Unteroffizierskorps
(Entsprechend dem Beispiel der meisten NATO-Armeen muß das Unteroffizierskorps zum „Rückgrat“ auch der Honvéd-Armee werden. Deutliches Zeichen für diesen Kurswechsel ist die baldige Gründung einer „Unteroffiziers-Akademie“ und der Beginn ihrer Tätigkeit nach schneller Schaffung der erforderlichen rechtlichen Regelungen.);
- besonders tiefgehende Veränderungen hinsichtlich der Gewinnung und Ausbildung der Vertragssoldaten sowie Stärkung ihres Anteils und ihrer Rolle im Personalbestand.

Über die Probleme und Aufgaben bei der Gewinnung und Ausbildung der Vertragssoldaten organisierte die militärische Führung Anfang Dezember 1998 eine landesweite Konferenz in Szolnok, an der neben den Vertretern aller Führungsorgane zahlreiche unmittelbar Betroffene beteiligt waren. Aus den dort behandelten Fragen und Erkenntnissen sollen hier kurz hervorgehoben werden:

- Seit 1996 ist der Planbestand an Vertragssoldaten von etwa 2 000 auf 5 300 Mann erhöht worden. Der reale Bestand betrug Ende 1998 jedoch nur rund 4 100 Mann, weil die Fluktuation außerordentlich hoch ist (17-20 Prozent), ein

großer Teil der Angeworbenen schon nach der Probezeit ausscheidet, die Bereitschaft zum Längerdienen unter den Grundwehrdienstleistenden ungenügend ausgeprägt ist. Entsprechend den bisherigen Plänen sollte der Bestand an Zeitsoldaten in einigen Jahren 10 000 Mann betragen; dies bedingt eine jährliche Zunahme von 1 000 Personen. Unter den gegebenen Bedingungen ist das eine illusorische Größe, denn die Zahl der Ausscheidenden wird durch die Neuverpflichtungen kaum ersetzt. Angesichts dessen ist die Beseitigung der hierbei anstehenden negativen Bedingungen unerlässlich.

- Drei Hauptursachen für die hohe Fluktuation sowie die unzureichende Zahl von Verpflichtungen wurden hervorgehoben:

Erstens verfügt die Mehrzahl der Vertragssoldaten nur über den Abschluß einer Acht-Klassen-Schule; zwei Drittel von ihnen kommen aus sozial benachteiligten Verhältnissen, oft als Arbeitslose zur Armee. Wenn diese eine bessere Möglichkeit im zivilen Sektor finden oder sich die Zeit für den neuerlichen Bezug von Arbeitslosenunterstützung summiert hat, scheiden sie kurzfristig wieder aus. *Zweitens* will ein großer Teil von ihnen die gegenwärtige Rolle als in Wirklichkeit einfach etwas länger dienender Grundwehrdienstleistender nicht – oder nicht gern – akzeptieren, in der sie weiterhin (oder gar noch mehr als zuvor) unqualifizierte Tätigkeiten im Unterkunfts- bzw. Versorgungsbereich der Einheiten leisten müssen. Sie möchten zu echter militärfachlicher Tätigkeit eingesetzt und dementsprechend aus- bzw. weitergebildet werden.

Drittens sah sich die Armee bisher nicht imstande, den Vertragssoldaten einen ihrem Dienstverhältnis entsprechenden materiellen Status hinsichtlich Besoldung, Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung, Freizeitgestaltung u.a. zu gewährleisten. Vielfach unterscheiden sie sich hinsichtlich dieser Bedingungen in keiner Weise von den Rekruten – in beträchtlicher Abweichung von den Versprechungen, die man ihnen während ihrer Anwerbung machte.

- Die angeführten negativen Bedingungen zu beseitigen ist verständlicherweise identisch mit der Schaffung günstiger Umstände für die Gewinnung der erforderlichen Anzahl von Zeitsoldaten und für die Erhöhung ihrer Rolle im Dienstbetrieb der Honvéd-Armee.

Darüber hinaus wurden zum Abschluß der erwähnten landesweiten Konferenz (Bericht in „Magyar Honvéd“ Nr. 51-52/1998 vom 18. Dezember 1998, S. 18 f.) zusammenfassend noch folgende Aufgaben genannt:

Militärische Dienstbestimmungen für die Stellung, die Rechte und Pflichten der Personalgruppe sind schnell auszuarbeiten und einzuführen. Dies gilt auch für ein konkretes Laufbahnmodell für Vertrags-(Zeit-)Soldaten.

Für das erste Dienstjahr sollte hierin die Beförderung zum Wachtmeister bzw. die Vergabe einer sogenannten Dienstberechtigungskonzession vorgegeben werden.

Neben einer grundlegenden Verbesserung der Dienst- und Versorgungsbedingungen soll in das Besoldungsgefüge dieser Personalgruppe die Einordnung aller den

Bestimmungen entsprechenden Zuschläge (z.B. für LKW-Fahrberechtigung u.v.ä.m.) herbeigeführt werden.

Für diesen Personenkreis soll die Fremdsprachenausbildung und die Ausbildung an Kommunikations- und Rechentechnik erweitert und intensiviert werden.

Für die belastungsfähigsten Vertragssoldaten sollte die Möglichkeit von Auslandseinsätzen geprüft werden.

Es bleibt nun abzuwarten, welche Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der strategischen Überprüfung der Landesverteidigung für die grundlegende Verbesserung der Personalstruktur der Honvéd-Armee und die Bewältigung der anderen tiefgreifenden Mängel – besonders auch auf dem Gebiet der Bewaffnung, Technik und Ausrüstung – ausgearbeitet und der Regierung unterbreitet werden.

Entsprechend dem von der NATO vorgesehenen Planungszeitraum für den nächsten Streitkräfte-Entwicklungsabschnitt 2001 bis 2006, für den auch ungarische Stellungnahmen und Vorschläge erwartet werden, müßten entsprechende Lösungskonzepte spätestens im kommenden Jahr vorliegen.

Das dabei anvisierte Gesamtziel der Schaffung einer kleinen, moderner gestalteten, zur Lösung der objektiv anstehenden Aufgaben geeigneten Armee, die bald zur NATO-Kompatibilität aufschließen kann, aber zugleich an die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ungarns angepaßt ist, findet in Armee und Öffentlichkeit weitgehende Zustimmung.

Anders ist es bei wichtigen Teilanliegen der bevorstehenden Veränderungen. Nicht verwunderlich ist die weithin ablehnende Position des militärischen Berufspersonals wie der Militärbeamten und Zivilbeschäftigten zu einem etwaigen weiteren Abbau des Personalbestandes, den selbst der neue Armeebefehlshaber und Generalstabschef Generaloberst Fodor als allenfalls letzten Ausweg bezeichnet.

Unter Fachleuten wurden kritische Äußerungen zu einem Primat der Etatfonds gegenüber den zu finanzierenden Aufgaben laut. Man vertritt dabei den Standpunkt, daß Verteidigungsaufgaben weitgehend objektiv bedingt sind und ihre Unterordnung unter finanzielle Begrenzungen die Sicherheit des Landes gefährden könnte.

Auch die anvisierte Ausgliederung nicht originär militärischer Aufgaben aus dem Verantwortungsbereich der Honvéd-Armee – ein eigentlich doch vor allem begrüßenswerter, weil materiell entlastender Faktor – findet keine ungeteilte Zustimmung.

Mitte August 1999 teilte der stellvertretende Staatssekretär Prof. János Szabó erste konkrete Vorstellungen offizieller Stellen zu dieser Fragestellung mit. Danach glaubt man, bei einer Überführung der Universität für Nationale Verteidigung „Zrinyi Miklós“ in den zivilen, nicht aus militärischen Haushaltsmitteln finanzierten Sektor sowie einer ähnlichen Verfahrensweise bezüglich des Zentralen Kulturensembles der Honvéd-Armee beträchtliche Einsparungen erzielen zu können. Natürlich müßten dabei regierungsseitig bestimmte Bedingungen gewährleistet werden.

Zu diesen Überlegungen sind noch keine Reaktionen bekannt. Umstritten ist jedoch im allgemeinen besonders die Frage nach den Kriterien für die Bestimmung solcher „nichtmilitärischer“ Aufgabenbereiche. Wäre es etwa am Platze, die Armee aus dem „zivilen“ Katastrophenschutz im Lande herauszulösen? Sicher ergäben sich daraus keine geringen Möglichkeiten zur Kosteneinsparung.

Andererseits spricht die Erfahrung gerade der letzten Periode im Leben Ungarns eine andere Sprache. Gemeint sind hochmotivierte Einsätze bis zum Heldenmut, hervorragende Organisation und Führungskraft der Leiter, superschnelles Reagieren und selbstloses Handeln Tausender Honvéd-Soldaten bei der Rettung einer großen Zahl von Frauen, Kindern, älteren Menschen und Angehörigen der Landesbevölkerung überhaupt, die in den vergangenen Monaten durch Unwetter und andere Naturkatastrophen in Lebensgefahr gerieten, in bestimmten Landesteilen teilweise in ganzen Kommunen in ihrer Existenz bedroht waren. Ausgelöst wurde eine solche wiederholt aufgetretene Situation durch Hochwasserlagen insbesondere in den Theiß-Regionen, durch Schneekatastrophen in Nord- und Nordost-Ungarn sowie eine noch nicht erlebte Explosion einer Erdgas-Förderstätte im Südwesten des Landes. In allen Fällen erwies sich die ungarische Armee bei entschlossener – natürlich auch kostenaufwendiger – Nutzung ihrer Technik, Mobilität und Einsatzfähigkeit als Kern und entscheidender Teil der Rettungskräfte, was ihr Dank und Anerkennung nicht nur bei den direkt betroffenen Menschen und Gemeinden, sondern auch in breiten Schichten der Öffentlichkeit überhaupt einbrachte.

Das Prestige der Honvéd-Armee insgesamt ist auf diese Weise in nicht geringem Maße gewachsen, was für ihre gesellschaftliche Position und die Lösung aller anstehenden, vielschichtigen Aufgaben nur förderlich sein kann.

Auch dieses Beispiel dürfte belegen, daß es bei der Erarbeitung der konkreten Festlegungen für die neue, qualitative Entwicklungsperiode der Honvéd-Armee um eine wahrlich komplizierte Aufgabe geht.

Autor:

Gustav Urbani

Prof. Dr. sc. oec.; Oberst a. D.

Dresdner Straße 127

01462 Cossebaude